

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für die Nachgelagerten: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Zustellung monatlich 7,75 M., vierteljährlich 22,50 M., Die 13. Ausgabe 37 mm breite Seite 2,50 M. Mit Familienangehörigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 tägliche Seite u. Verträge 25%. Derzeitige laufende Zus. Auswärt. Aufträge geg. Vorauszahlung. Einzelpreis 2. Vorabendblattes 2 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neßke & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Inverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

In Erwartung der Entscheidung.

Der unveränderliche Standpunkt des Reichskabinetts.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 12. Okt. Die Beratungen im Reichskabinettsrat über Oberösterreich haben den ganzen nächsten Tag angehalten. Wie wir zuverlässig erfahren, stellt sich das Reichskabinettsrat auf den Standpunkt, daß es eine Entscheidung über Oberösterreich, die nicht nach dem Verfall der Frist das Recht der Volksabstimmung zum Ausdruck bringt und die nicht nach dem Verfall der Frist eine endgültige Regelung bringt, nicht anerkannt wird. Weiter gehen wir im Laufe der Nacht in eine Mitteilung aus Genf an Berliner amtlicher Stelle eingegangen.

Berlin, 12. Oktober. Auch im Laufe des heutigen Vormittags ist eine Mitteilung aus Genf an Berliner amtlicher Stelle noch nicht eingetroffen. Die heutige Kabinettsberatung begann schon um 10 Uhr vormittags. Die Reichsregierung hofft, daß im Laufe des vormittags noch Meldungen aus Genf in Berlin eintreffen werden und daß eine Entscheidung in Genf spätestens morgen fällt. Sollte diese Voraussetzung eintreten, so soll die für nächsten abendige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, die sich ebenfalls mit dem oberösterreichischen Problem befassen soll, Freitag mittag stattfinden. Der Kanzler wird sich dann morgen vor weiteren Entscheidungen mit den Parteiführern am Freitag beraten.

Berlin, 12. Okt. In hiesiger amtlicher Stelle werden die Nachrichten über die Unklarheiten im Reichskabinettsrat für unbegründet erklärt, und in der Meldung des „Petit Parisien“, die sich auch in verschiedenen deutschen Blättern befindet, wonach die Sozialdemokraten es durchgesetzt hätten, daß das Kabinettsrat im Amt bleiben könne, wird ein Verstoß gesehen.

Andererseits berichtet die „N. J.“: Die von einem Teil der Minister vertretene Ansicht, daß man, noch bevor eine offizielle Nachricht über die Genfer Entscheidung vorliegt, einen Präzedenzfall für den Fall der Teilung des oberösterreichischen Industriegebietes lassen sollte, sei nicht durchzuführen. Von Seiten der Sozialdemokraten werde ebenso wie von Seiten der Reichskanzler nahe stehen, vor „Ueberstürzung“ zu warnen.

Zur Kennzeichnung der Lage.

Berlin, 12. Oktober. Der Berliner „Volks-Anz.“ kennzeichnet die Situation mit folgenden Stichworten: Regierungskrisis wegen Oberösterreich, die Kreditkrisis gegenüber, abwartende Haltung der deutschen Wirtschaftskreise, heute normale Sitzung des Reichskabinettsrat, der Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses veriangt.

Während in politischen Kreisen verlautet, daß das Reichskabinettsrat sich entschlossen sei, zurückzutreten, wenn die Entscheidung über Oberösterreich so ausfällt, wie es im Augenblick den Anschein hat, erklärt die „Volks-Anz.“, es sei unter den gegebenen Umständen die politische Pflicht des Reichskabinettsrat, selbst im Falle einer ungünstigen Entscheidung des Reichstages auf seinen Posten zu bestehen, ohne das Parlament befragen zu haben. Mit dem Rücktritt des Kabinettsrat würde jede Position geschwunden sein, seine vorübergehende Koalition geschwunden, ohne daß einzig und allein eine Verbesserung der politischen Verhältnisse auf lange Sicht erwartet werden dürfte.

Berlin, 12. Okt. Die Beratungen über die Kabinettsbildung von Partei zu Partei ruhen seit einigen Tagen. Und die Reichsregierung will erst die Entscheidung der Alliierten über Oberösterreich abwarten, bevor sie die Verbrüderung der Regierungsbefehle durchführt. Diese Entscheidung wird in Berlin bestimmt für spätestens Donnerstag oder Freitag dieser Woche erwartet.

Wie der „Berliner Volks-Anz.“ von dem unterrichteten Seite erfährt, sind Industrie, Landwirtschaft und Handel seit Entschlossen, angesichts der durch die Teilung des Völkerbundes gestellten anhaltenden Lage die größte Zurückhaltung zu bewahren. Das Kreditabkommen dürfte nur herausgebracht werden, wenn wir Oberösterreich behalten, denn die Industrie und mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie vorher wußten, daß sie nicht erfüllt werden könnten.

Berlin, 12. Oktober. Wie die Morgenblätter mitteilen, wollten gestern abend einige Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichskanzler, um sich mit ihm über die Kreditaktion zu unterhalten. Auch die oberösterreichische Frage sei im Zusammenhang damit besprochen worden. Industrie, Handel und Landwirtschaft seien seit Entschlossen, angesichts der Nachrichten über die Beschlüsse des Völkerbundes die größte Zurückhaltung zu üben. Noch einmaligen Versuch von Oberösterreich oder nach der Teilung des Industriegebietes werde die deutsche Volkswirtschaft nach Meinung maßgebender Industriekreise nicht die Kraft besitzen, Leistungen zu vollbringen, wie sie mit den Beschlüssen des Kreditabkommens verbunden sein würden. Das Abkommen dürfte also nur erfüllt werden, wenn Deutschland Oberösterreich behalte. Denn die Industrie und mit ihr Handel und Landwirtschaft dächten nicht daran, Leistungen zu übernehmen, von denen sie von vornherein wußten, daß sie nicht erfüllt werden könnten. Außerdem verlautet, daß die ausländischen Finanzkreise, die an die deutsche Wirtschaft mit Anleihenangeboten herangetreten waren, entschlossen sind, ihre Angebote zurückzuziehen, wenn Deutschland wichtige Teile Oberösterreichs verlieren sollte.

Verlagung des preussischen Landtags.

Berlin, 12. Okt. Der preussische Landtag hat mit Rücksicht auf Oberösterreich seine heutige Sitzung auf morgen verlagert. Das Haus war fast beie. Den Verlagsantrag stellte der Amtspräsidenten **Derold**, der ihn mit Rücksicht auf die äußerst schwerwiegenden Entscheidungen, die für Deutschlands Zukunft von unabsehbarer Tragweite seien, beantragte. Die Verhandlung fand lebhaften Beifall bei den bürgerlichen Parteien. **Abg. Braun**

(Zsg.) erklärte demgegenüber, daß seine Freunde, obgleich sie die Schwere der Lage nicht verkennen, nicht zustimmen könnten. **Wobbe** äußert: „Dürft! Dürft! bei den bürgerlichen Parteien.“ **Abg. Veid** (Unabh.) und **Abg. Weichenfels** (Komm.) schlossen sich Braun an. Die Abstimmung über den Antrag auf Verlegung ergab die Annahme mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien. Die Verlegung des Landtags des Abgeordnetenhauses wurde bei den bürgerlichen mit lebhaftem Beifall und von der Sozialdemokratie mit förmlichen Kundgebungen aufgenommen.

Die Proteste der deutschen Volkshäuser.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 12. Okt. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Schamer, und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Maner, entschlossen sich gestern ihrer Ansichten auf dem Canal d'Orleans bezug. Im Foreign Office und letzten Protest gegen eine Aufteilung des oberösterreichischen Industriegebietes ein. Dem „Echo de Paris“ zufolge führte Dr. Maner aus, daß der Verfall der Friedensverträge die Teilung des oberösterreichischen Gebietes nicht gestatte. Wenn aber dem Rechte Deutschlands Gewalt angetan werden sollte, könne das Kabinettsrat nicht weiter in seiner versöhnlichen Haltung beharren und das Abkommen von Wiesbaden, die Erfüllung usw. würden hinfällig werden. Dr. Maner habe auch von der Möglichkeit einer Demission des Kanzlers gesprochen. Ueber die Besprechungen des deutschen Botschafters in London, Dr. Schamer, mit Lord Curzon erfährt der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“, daß der deutsche Botschafter auf die Gefahr hingewiesen habe, die die Regierung durch den Verfall der oberösterreichischen Industriegebietes auf Oberösterreich nicht Genugtuung widerführe. Dem „Petit Parisien“ zufolge hätte Lord Curzon die Unterbrechung der Verhandlungen erklärt, daß die englische Regierung geduldig die Entscheidung des Völkerbundes erwarte und in dieser Angelegenheit nur eine Aufgabe leuge, nämlich die vollkommene Durchföhrung der Entscheidung in Gemeinschaft mit den Alliierten.

Rotterdam, 12. Oktober. Laut dem „Conrant“ meldet Reuters gestern abend: Der Besuch des deutschen Botschafters bei Lord George dauerte drei Stunden. Unmittelbar nach der Besprechung berief Lord George die in London anwesenden Mitglieder des englischen Kabinetts zu sich.

Die „Times“ meldet: Die hochpolitische Bedeutung des deutschen Besuchs bei Lord George wird durch seine Folgen bewiesen. Der Besprechung folgte eine eingehende Kabinettsberatung und im Anschluß hieran sind wichtige Instruktionen an die beiden englischen Delegierten in Genf ergangen.

Aus den Sitzungen des Völkerbundesrates.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Genf, 12. Oktober. Ueber die gestrige Sitzung des Völkerbundesrates meldet der „Kurier-Anz.“: Die Erörterung der oberösterreichischen Frage hat in der gestrigen Sitzung fast auf ein allgemeines Meinungsverschieden zwischen den Völkern geführt. Die ganze Sitzung dauerte fast eine Stunde von 7 bis 8 Uhr. Von den Delegierten hat noch niemand gesprochen. Die Einzelbesprechungen der Delegierten begannen Mittwoch mittag und können möglicherweise schon an diesem Tage beendet werden.

Berlin, 12. Okt. Der Völkerbundrat befaßt sich, wie wir aus Genf unbedingt zuverlässiger Nachrichten lernen können, heute mit folgenden Spezialfragen: 1. Wie soll das Abkommen über Oberösterreich in dem autonomen Mittelgebieten reguliert werden? 2. Polen soll die Eisenbahnenverwaltung übertragen werden. 3. Die militärische Verfassung in den Mittelgebieten soll ganz erheblich verändert werden, und die Verfassung soll Polen zur Verfügung fallen. Die oberste Instanz in dem autonomen Mittelgebieten wird ein internationaler Ausschuss sein, der unter Völkerbundkontrolle gestellt werden wird. Es sind noch Verhandlungen mit bestimmten Leistungen im Gange, um für die deutsche Arbeiterchaft in dem autonomen Gebiet und in dem Polen anzuweisen Gebiete sogenannte Sicherheiten in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Kürz, 12. Oktober. Der „Tagesspiegel“ meldet aus Genf: Graf Tshii hat seine Abreise aus Genf am Sonntag abend den 15. Oktober festgesetzt. Die Schlussberatung des Rates findet Donnerstag oder Freitag statt.

Noch keine endgültige Entscheidung.

Nasel, 12. Oktober. Die schweizerische Telegraphenagentur meldet gestern abend aus Genf: Graf Tshii ermächtigte uns zu der Erklärung, daß die Meldungen ausländischer Korrespondenten aus Genf nicht von Mitgliedern des Völkerbundesrat veranlaßt worden sind. Sie haben deshalb keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit. Eine Entscheidung des Völkerbundesrates ist noch nicht gefallen. Die entscheidende Besprechung im Völkerbundrat ist erst für Mittwoch mittag 12 Uhr angesetzt.

Paris, 12. Okt. Der brasilianische Vertreter beim Völkerbund Da Cunha, der gleichzeitig Mitglied der Biererkommission ist, erklärte dem Genfer Berichterstatter des „Matin“: In dem Bunde, zu einem Beschluß zu kommen, hat die Konferenz am Montag vier Sitzungen abgehalten, von denen die letzte sich bis nach Mitternacht hinzieht. Darauf trat der Völkerbundrat zu geheimen Sitzungen zusammen. Im Kleinen Saal in der Avenue Maurice Monnier hat der Rat des Völkerbundes den Teilungsplan über Oberösterreich einstimmig gebilligt.

Berlin, 12. Okt. (Via Information der „N.“) Die Staatsmeldung, wonach mit der Veröffentlichung der Entscheidung bereits im Laufe des morgigen Tages zu rechnen wäre, scheint verfrüht zu sein, wenigstens liehen die letzten der Regierung zugegangenen Nachrichten vermuten, daß die Bekanntgabe des Biererkomitees noch einige Tage auf sich warten lassen wird.

Dr. Helfferich über die politische Lage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Frankfurt a. M., 12. Oktober. Auf dem achtigen Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei erdienen unerwartet Excellenz Helfferich. Er schilderte die Lage des Reichstages in der Verzögerung der Steuererträge. Ob der 2. November, der Tag des Zusammentritts des Reichstages, den Steuerkomplex bringen werde, sei fraglich. Man habe den Eindruck, daß die Fälligkeit der Regierung nur in der Ausschüttung des Parlaments zu bestehen scheint. Die letzte Regierung fürchte sich vor dem Reichstag, dieser aber vor sich selbst. Der Heber wies sodann nach, daß die Nachricht, auch am 15. November könne die zweite Milliardenrate bezahlt werden, trügerisch sei. Die Steuer der Verhältnisse liehen sich durch alle Regierungserklärungen nichts mehr vormachen. Die falschen Nachrichten der Regierung haben die Valutainflation am meisten gefördert. Der schlechte Valutastand sei durch das Ultimatum verursacht, auch dadurch, daß wir mehr Importieren als exportieren. Unsere unsicheren Goldverpflichtungen beruhen lediglich auf dem Ultimatum. Wie sollen im Januar 1922 weitere 500 Millionen Goldmark bezahlt werden? Das Ultimatum wird aber noch durch andere Schritte der Regierung abgemildert, nämlich durch die Abkündigung des Privatvermögens dem Reiche auszuliefern. Die Erschütterung, die die Forderung des deutschen Privatvermögens mit sich bringt, wirkt uns verunsichernd in den Abgrund. Der andere Punkt, auf dem man etwas zu finden hoffte, ist das Wiesbadener Abkommen. Versuche einer Verständigung mit Frankreich sollen zu begründen. Was aber Deutschland an Wiederaufbauarbeit während des Krieges in Österreich geleistet habe, das bringe Frankreich im eigenen Lande nicht fertig, weil es ihm dazu an Organisationskraft fehle. Uns bringe ein Abkommen, wie das Wiesbadener, heute in den Abgrund. Das Abkommen bedeutet Erhöhung unserer Verpflichtungen an Frankreich um 65 Prozent. Was wir aber liefern, ist totor Export. Das Abkommen bedeutet eine weitere Erhöhung des Ultimats um Jahre und senkt die Valuta und belastet das Reich um weitere ungeschätzte Milliarden Goldes. Das Abkommen verurteilt keine Kritik, sondern es ist unter aller Kritik. Die deutsche Regierung legt damit den Resten des deutschen Volkes auf den Tisch der Güte.

Nichts ist in Erfüllung gegangen.

Herr Wirth hat nur mit „Entspannungen“ gearbeitet. Statt der Zantionen haben wir eine Kontrollkommission. Wie nicht es um Oberösterreich aus? Jetzt ist Herr Wirth, der ein so große Optimist, auch sehr besorgt. Die Engländer können das Wiesbadener Abkommen nicht mit guten Augen ansehen. Wir stehen vor dem Bankrott. In Deutschland konnte kein vernünftiger Mensch über die französische Politik im Zweifel sein. Haben die Herren der Regierung etwa auf französische Dankbarkeit gerechnet? Die Regierung ist innerlich erledigt. Das einzige vernünftige wäre, sie machte anderen, erprobten Männern Platz. Die Regierung hat bei Ergraberers Tod nach einem Strohdamm gestritten, um sich davon zu klammern. Wenn Scheidemann sagt, er, Helfferich, sei an dem Tode Ergraberers Schuld und habe ihn sogar gemordet, so weite er das mit Entrüstung zurück. Unter den Reichsbeteiligten sei niemand schwerer betroffen worden durch den Tod Ergraberers als er selbst. Er habe ihn als politischen Gegner bekämpft, er habe in der Reichstagszeit eine Reihe schwerer Materialien gegen Ergraberer vorgelegt, als er Finanzminister war. Aber nichts sei geblieben. Der Kampf gegen Ergraberer habe er mit offenem Hinter gekämpft und er denke, mit einzigem Erfolg. Statt Del in die erregten Wunden zu stechen, hat Wirth Del ins Feuer geschossen, um die Einheitsfront zu hören. Ehrwürdige Liebe ist mit seiner Handlungsweise nicht vereinbar. Ein solcher Mann könne dem Volke nur den Dienst erwiesen, den Kanzlerstuhl so schnell wie möglich zu verlassen. Ueber die Reaktion meinte Helfferich, daß es jetzt kein Vergnügen sei, Politik zu treiben. Persönliche Aspirationen hätten in solcher Zeit zurückzutreten, auch Parteipositionen. Nach dem Tode Ergraberers sei es etwas wie Panikstimmung bei der Deutschen Volkspartei gewesen. Auch durch das Geheiß der Noten liehen sich die Deutschnationalen nicht irren machen. Sie hielten die Ideale hoch und erkannten die Verfassung an, behielten sich dabei aber das Recht vor, auf dem rechten Bear eine Verfassungsänderung anzutreiben.

Unser Ziel ist und bleibt die Monarchie.

Monarchie bedeutet nicht Ausschaltung des deutschen Volkes. Wir wollen ein Volkstaktikum mit dem Volke, aber nicht gegen das Volk. Das solle nicht von heute auf morgen geschehen. Das Volk müsse aus dem Heuwerk des Versailles Vertrags heraus, der uns mit jedem Schritt dem Abgrund näher bringt. Die Welt müsse erkennen, daß sie in die Brüche geht, wenn der Vertrag aufrecht erhalten bleibt. Wer die Einigkeit des deutschen Volkes wolle, der habe die Hand der Deutschnationalen Volkspartei.

Die französische Presse über das Kabinettsrat Wirth.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 12. Okt. Die französische Morgenspresse mißt der Erregung in Deutschland wegen der bevorstehenden Entscheidung des Völkerbundesrates wenig Bedeutung bei, d. h. sie versucht sie abzuschwächen, wenn nicht gar zu leugnen. Man gibt der Heberzeugung Ausdruck, daß Deutschland mit der künftlich aufgeweckten Erregung nichts anderes bezwecke, als noch im letzten Augenblick auf die Genfer Delegierten und die Alliierten Eindruck zu machen. Man erklärt übereinstimmend, daß diese Erregungsversuche Deutschlands keinerlei Erfolg haben werden. Die Entscheidung des Völkerbundesrates müsse unbedingt durchgeführt werden. Aus London lassen sich die Zeitungen melden, daß man auch dort entschlossen sei, dem Beschluß des Völkerbundesrates zu respektieren. Aber eine gewisse im „Daily Chronicle“ von dessen diplomatischem Korrespondenten erdichene Notiz muß doch den Anschein erwecken, als ob England von der Entscheidung des Völk-

